

# Kommunen in Not

## Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden

Mike Nagler (Leipzig)

Delmenhorst, 07.02.2012  
DGB Region Oldenburg-Wilhelmshaven

# Überblick

- Kleine Geschichte (Auszug)
- Akt. Zusammensetzung d. Kommunalfinanzen
- Ursachen der Unterfinanzierung
- Öffentliches Eigentum & Private Rechtsform?
- Beispiele Leipzig & Dresden
- Auswege und Irrwege

Städte und Gemeinden sind die Lebensmittelpunkte einer Gesellschaft. Hier leben die Menschen. Hier gibt es Schulen, Kindertagesstätten, Schwimmbäder, Krankenhäuser usw.

# Kleiner Exkurs (Auszug)

- 1964 Sachverständigenkommission ("Troeger-Kommission) – Auftrag: grundsätzliche Neuordnung der Finanzverfassung auszuarbeiten.
- Hintergrund war vor allem, dass die Städte und Gemeinden in ihren Entscheidungen stark unabhängig von der Zentralgewalt handeln konnten, da sie die finanzielle Autonomie dazu hatten.
- Gutachten der Kommission vom Februar 1966: lief in allen vorgeschlagenen Punkten vor allem auf eines hinaus: Die Macht der Zentralgewalt gegenüber den Länder- und Kommunalebene massiv zu stärken und die Macht von Städten und Gemeinden in Autonomie und Selbstverwaltung stark einzuschränken.
- Im Jahre 1969 wurde unter der damaligen Großen Koalition im Bundestag am 23.04.1969 eine weitreichende Grundgesetzänderung verabschiedet. Der Bundesrat stimmte am 9.05.1969 ebenfalls zu. Der damalige Bundespräsident Weichmann bezeichnete diese Änderung damals zu Recht als "tiefgreifendste Reform unseres Grundgesetzes in den 20 Jahren seines Bestehens".
- Diese Tendenz der Machtverschiebung von lokale auf zentralstaatliche Ebene hat sich seitdem fortgesetzt.
- [...]

# Gesetzesänderungen (Auszug nur Bund)

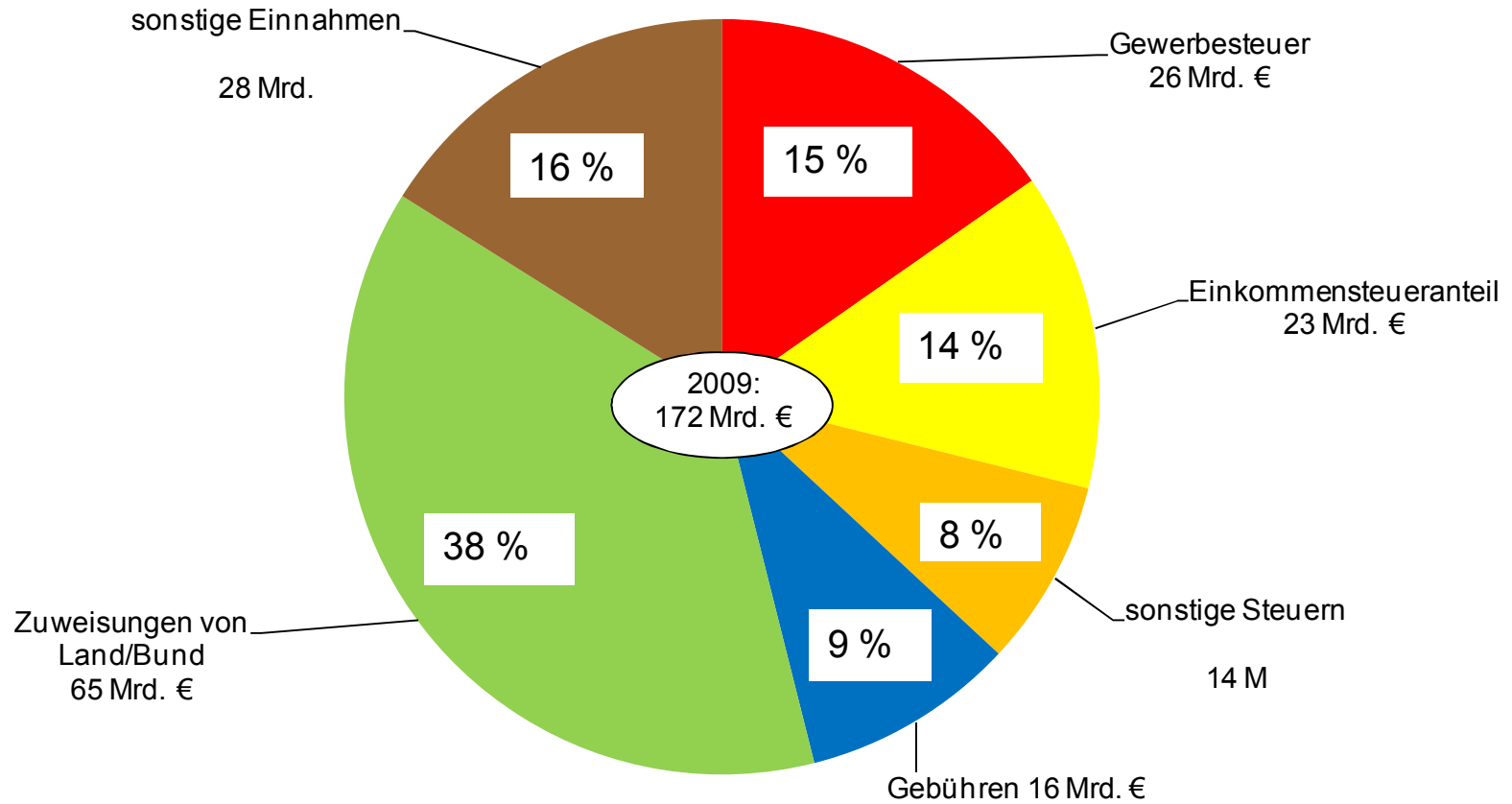
- 1989-heute, stetige Senkung des Spitzensteuersatzes
- 1988, Zulassung von Private-Equity-Gesellschaften, (Kredite den gekauften Unternehmen aufhalsen, Sonderausschüttungen erzwingen, Eigenkapitalsenkung in Größenordnungen)
- 1991, Abschaffung Börsenumsatzsteuer
- 1989, 1.Finanzmarktförderungsgesetz (Derivatehandel: 98% reine Wetten)
- 1994, 2.Finanzmarktförderungsgesetz
- 1997, Vermögenssteuer ausgesetzt (ca. 16 Mrd. Einnahmeausfälle jährlich)
- 1998, 3.Finanzmarktförderungsgesetz
- 2000, Steuerreform 2000 (Senkung d. Eingangs- und Spitzensteuersatzes, Erhöhung Grundfreibetrag, Unternehmensentlastungen)
- 2000, Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen (Private-Equity Förderung: "Vorvergangenen Dienstag legte Eichel jedoch das dickste Scheit nach: Wenn Kapitalgesellschaften – in der Rechtsform AG oder GmbH – ihre Beteiligungen verkaufen, dürfen sie den Erlös steuerfrei einstreichen. Folge: Insbesondere Finanzkonzerne wie Banken und Versicherungen mit ihrem gigantischen Beteiligungsvermögen sind nun mehr wert." aus: Focus-online vom 3.1.2000)
- 2001, 4.Finanzmarktförderungsgesetz
- 2007, Zulassung von REITS (Real Estate Investment Trusts + Steuererlass)
- 2007, Reform Erbschaftssteuer (Senkung Steuervolumen)
- 2008, Abgeltungssteuer
- 2008, Unternehmenssteuerreform (Steuerverluste für den Bund trotz Rekordgewinne für Unternehmen)
- Aktuell: Schuldenbremse

Die Krise der Städte und Gemeinden ist in den Mängeln der institutionellen Sicherung im Grundgesetz und seiner Finanzverfassung angelegt.

# Kommunale Einnahmen

- Die Gemeindeordnungen der Bundesländer stellen eine Rangfolge der Beschaffung von Finanzmitteln auf:
  1. Sonstige Finanzmittel
  2. Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen
  3. Gebühren und Beiträge
  4. Steuern (Die Gewerbesteuer ist seit 2004 wieder die fiskalisch bedeutsamste Steuereinnahmequelle.)
  5. Kredite (dürfen dabei nur aufgenommen werden, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich oder unwirtschaftlich wäre.)

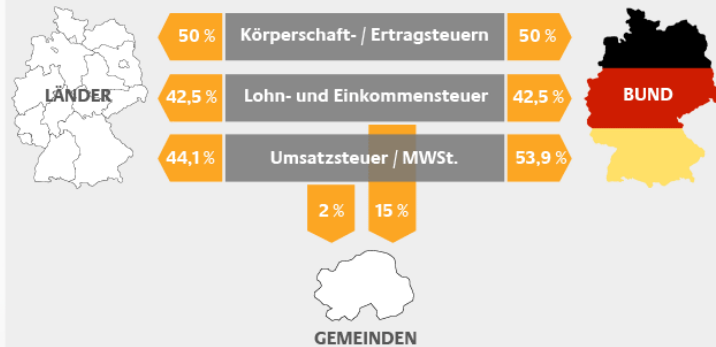
# Woher bekommen Gemeinden ihr Geld?



Quelle: Gemeindefinanzenbericht 2009

## Steuerverteilung

### Gemeinschaftliche Steuern



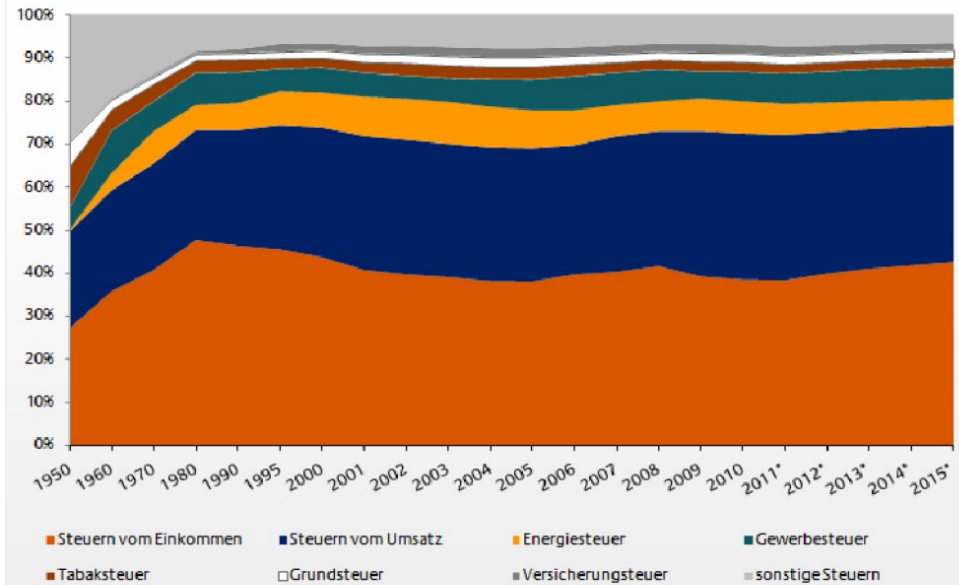
### Steuern

### Einzelne Steuern



Quelle: Bundesfinanzministerium

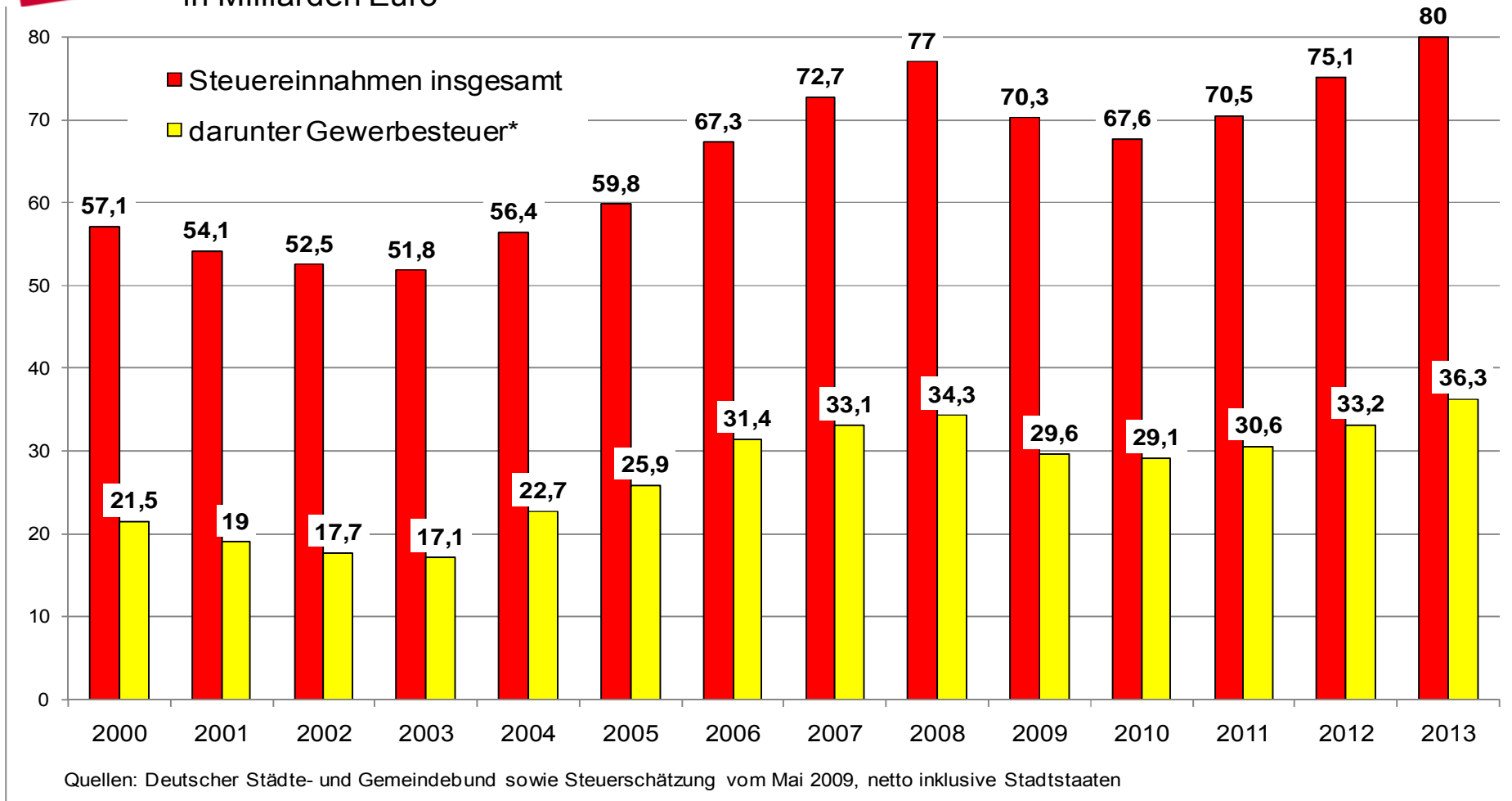
Abbildung 2: Anteil einzelner Steuern am Steueraufkommen



\* Steuerschätzung 10. bis 12. Mai 2011.  
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

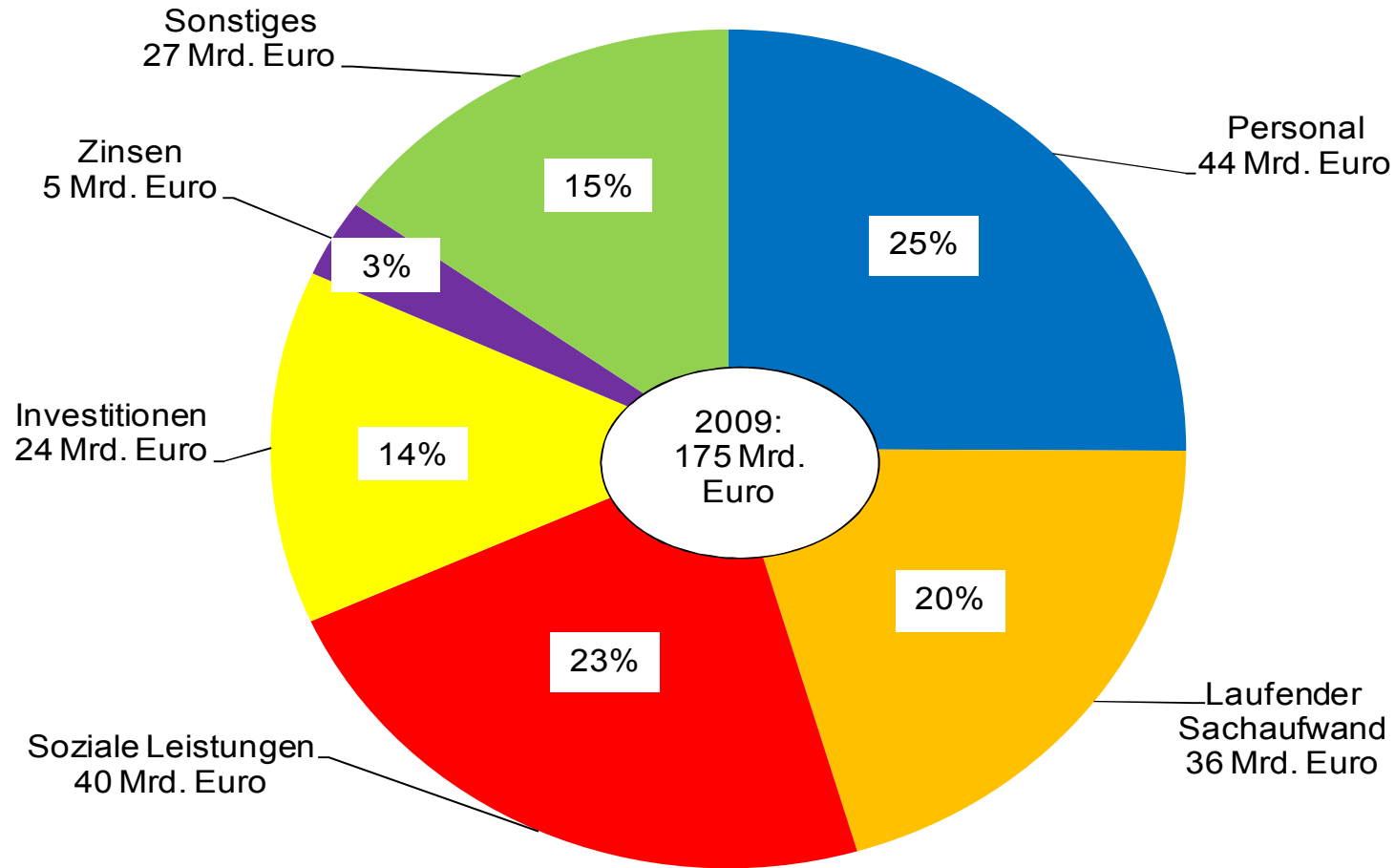
# Steuereinnahmen der Gemeinden

in Milliarden Euro



Insgesamt etwa 40 Prozent ihrer Finanzmittel erhalten Städte und Gemeinden aus Steuereinnahmen. Gut ein Drittel sind Zuweisungen von den Ländern bzw. dem Bund. Der größere Teil der Zuweisungen erfolgt nach einem bestimmten Schlüssel und soll die unterschiedliche Steuerkraft der Gemeinden ausgleichen. Der etwas kleinere Teil erfolgt zweckgebunden zur Finanzierung bestimmter Aufgaben. Gebühren, Verkäufe und Sonstiges machen die geringeren Teile der Einnahmen aus.

# Wofür geben die Gemeinden ihr Geld aus?



Quelle: Gemeindefinanzbericht 2009

## Große Aufgaben für Kommunen

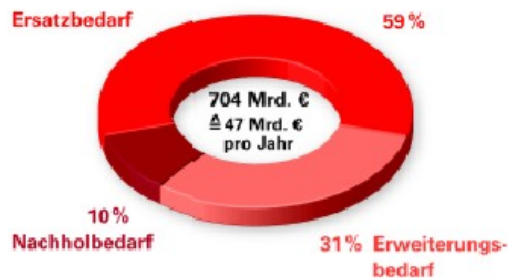
Investitionen in der Vergangenheit zurückgefahren

Ausgaben der Kommunen für Baumaßnahmen in den...



Hoher Investitionsbedarf in der Zukunft

2006 bis 2020 müssten Kommunen ausgeben ...



Investiert werden muss 2006 bis 2020 vor allem in...

	West	Ost
Straßen	118,3 Mrd. €	43,3 Mrd. €
Schulen (ohne Sporthallen)	61,1 Mrd. €	11,9 Mrd. €
Komm. Energieversorgung	51,8 Mrd. €	8,1 Mrd. €
Abwassersysteme	45,8 Mrd. €	12,4 Mrd. €
Öffentl. Personennahverkehr	30,4 Mrd. €	8,0 Mrd. €

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik, Deutscher Städtetag, Berechnungen Reidenbach 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

## Versiegende Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Die Einnahmeausfälle infolge der Steuerpolitik seit 1998 betragen bei ...



Differenzen bei Summenbildung durch Rundung

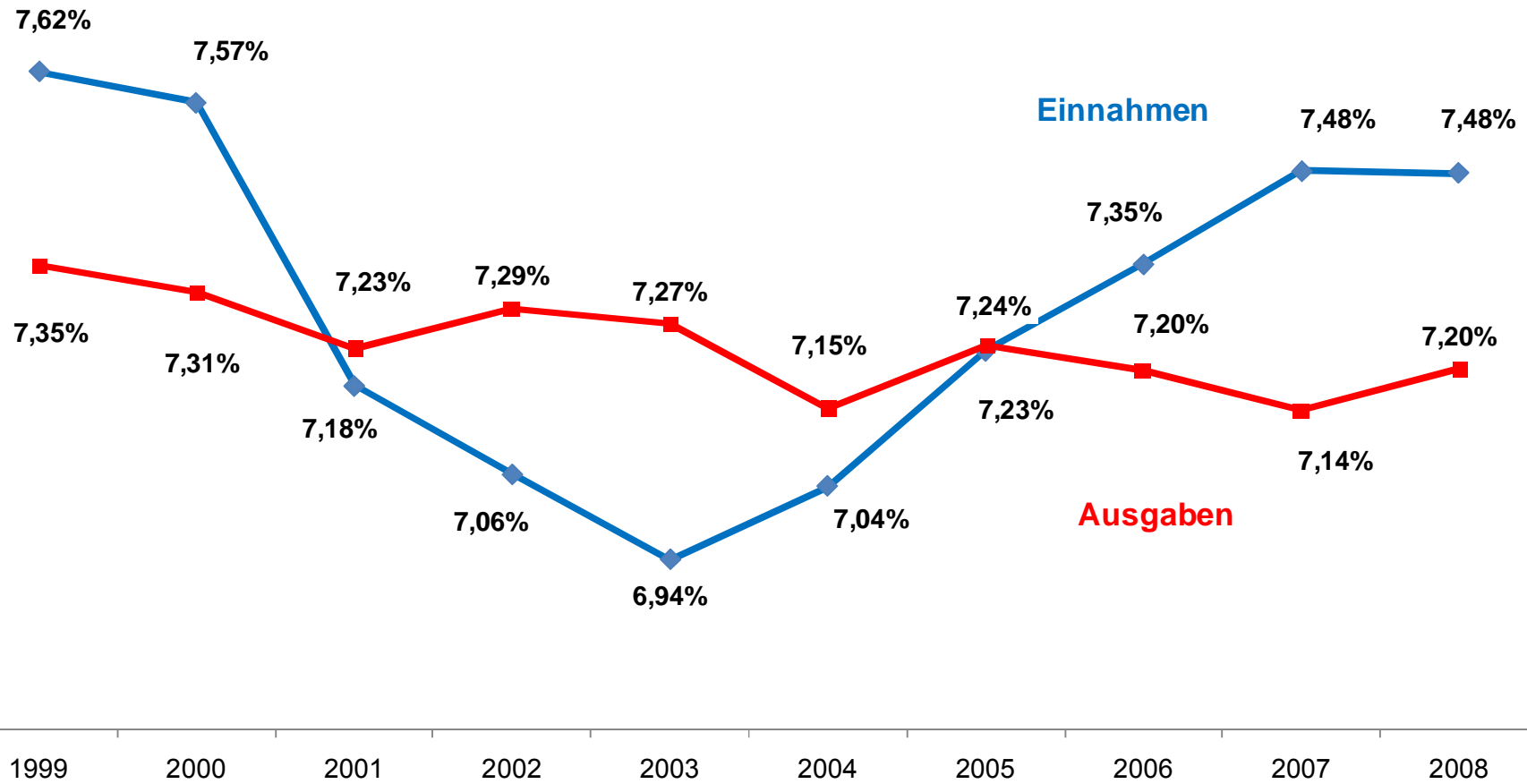
Quelle: Bundesfinanzministerium, Berechnungen IMK 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010



# Kommunalfinanzen

ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik

## Einnahmen und Ausgaben in Prozent am Bruttoinlandsprodukt

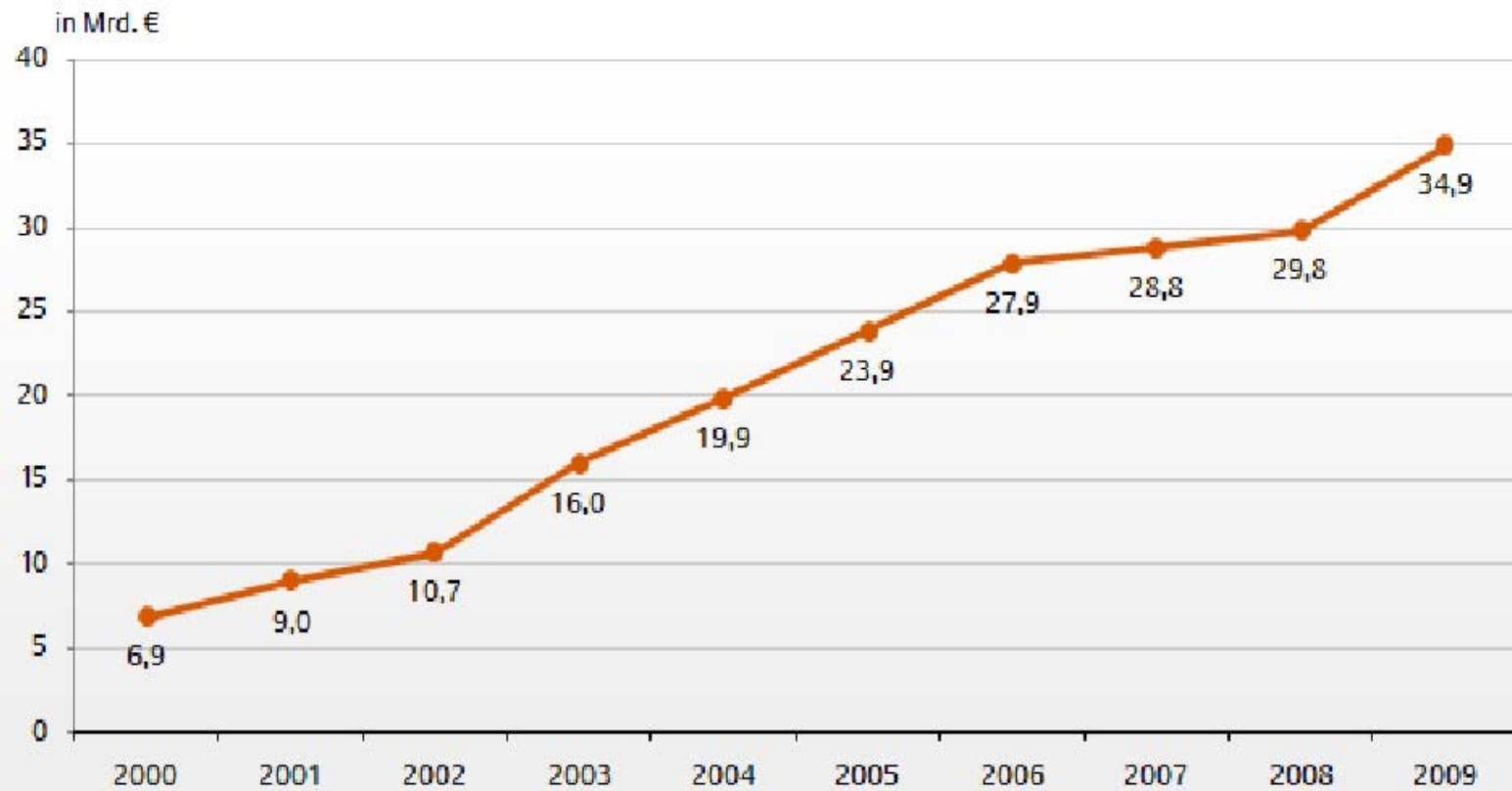


Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnung

Als Anteil am Bruttoinlandsprodukt blieben die Ausgaben der Gemeinden die ganzen Jahre bei gut sieben Prozent. Trotz zusätzlicher Aufgaben.

**Das Wegbrechen der Einnahmen ist die zentrale Ursache der Finanzkrise in den Gemeinden.**

**Abbildung 3: Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände**  
(insgesamt, ohne Stadtstaaten, Stand jeweils zum 31. Dezember)



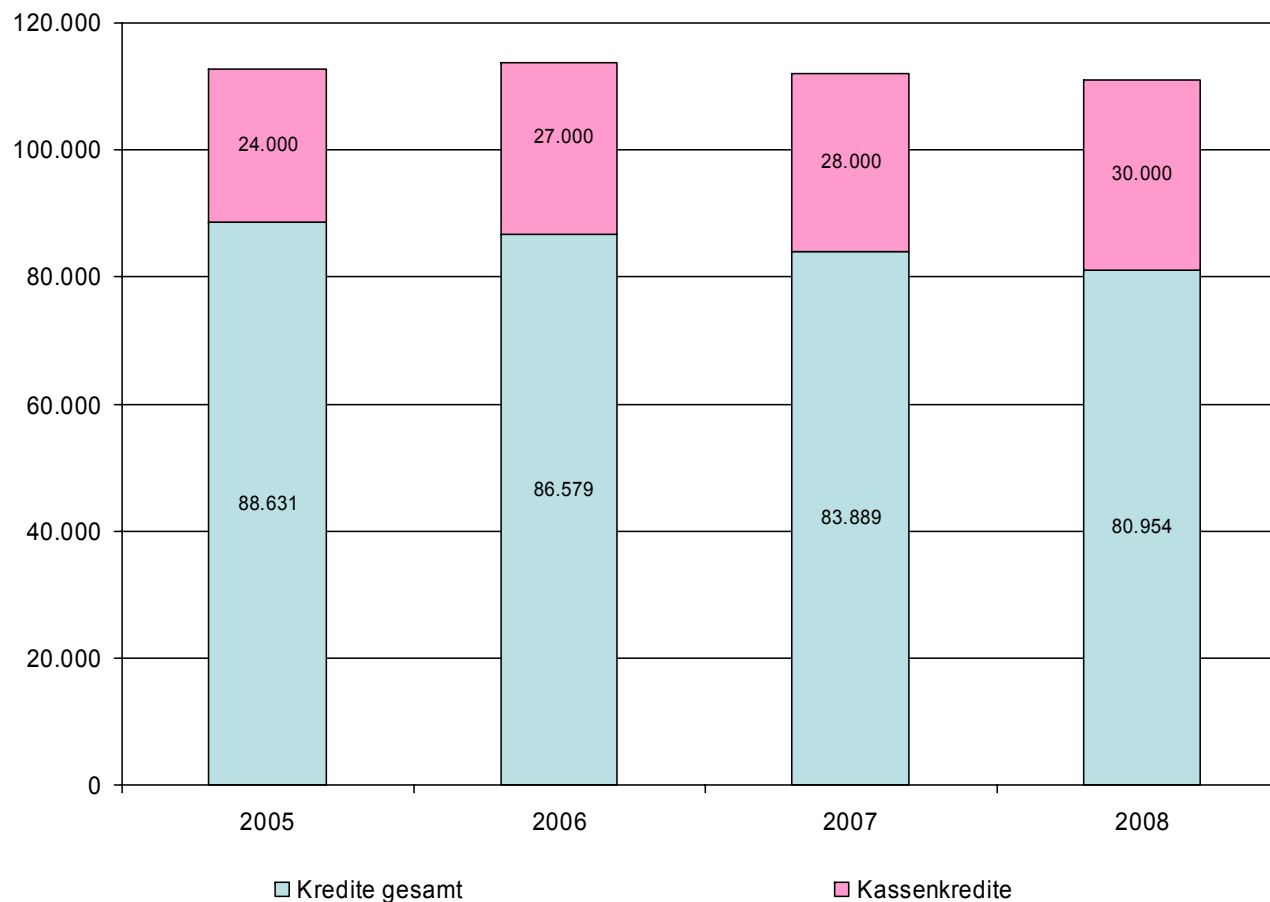
Quelle: Statistisches Bundesamt.

# Kommunale Schulden



# Kommunale Schulden

in Millionen Euro



Quelle: Frank Kuschel im Rahmen der Tagung des APRI-Netzwerks im Februar 2010

# Schulden

- Fast jede große und mittelgroße Stadt ist massiv verschuldet.
- In NRW werden aktuell mehr als 25% der Gemeinden nach einem Nothaushaltsrecht verwaltet, das Haushalts-sicherungskonzept wird für alle zum Regelfall.
- Die Verschuldungssituation der Öffentlichen Hand wird auch als Hebel benutzt um eine Politik der Privatisierung zu forcieren.



Bund und Land neigen zur Reglementierung und Ausbeutung der kommunalen Ressourcen. Damit bedrohen sie die Gemeindefreiheit und die Demokratie.

# Kommunen - Auswirkungen

- Langfristige Unterfinanzierung
- Stark schwankende Einnahmen erschweren eine zuverlässige Finanzplanung
- Bund und Länder behandeln Kommunen als nachgeordnete Verwaltungseinheiten (GG)
- Wichtige Zukunftsinvestitionen unterbleiben oder werden verschoben
- Abbau weiterer Leistungen der Daseinsvorsorge ,Schließung kommunaler Einrichtungen, Erhöhung der Gebühren

# Auswirkungen und Irrwege

- Ein armer Staat (eine arme Stadt) kann dem armen Bürger nicht mehr helfen
- Geheime und riskante PPP-Modelle oder direkte Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Aber: Ein einmaliger Verkauf von Gemeindeeigentum verschafft nur einmalige Einnahmen.
- Wettbewerbsföderalismus zwischen benachbarten Gemeinden
- Dem Gemeinderat bleibt oft nur eine Mangelverwaltung: Demokratiedefizit als Folge

# Ursachen

Bund und Land beschließen Gesetze, die bei den Gemeinden zu Mehrausgaben führen, ohne dass gleichzeitig ihre Einnahmen angemessen steigen.

Bspw. :

- Kosten d. Unterkunft (Hartz IV)
- Kita-Platz-Anrecht
- Streichung der staatlichen Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV
- Familiengesetze und andere gesamtstaatliche Aufgaben.

# Ursachen

Nach dem GG sind die Länder Sachwalter der Gemeinden, aber sie nehmen diese Aufgabe bei divergierenden Interessen nicht angemessen wahr.

Länder sanieren ihre Haushalte auf Kosten ihrer Kommunen.

**Zentrale Verantwortung für die Situation liegt aber beim Bund.**

# Verschärfung der Lage durch die Pläne der Bundesregierung

- Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wird in Gemeinden ab 2012 zu weiterem Kürzungszwang führen.
- Mindereinnahmen der Gemeinde bringt auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.
- Privatisierungskurs geht weiter (alle Ebenen, Bund, Land, Kommunen)
- Gewerbesteuer wird auf den Prüfstand gestellt (!) -> Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung (bisher keine Ergebnisse, siehe auch: Zusammensetzung der Kommission – mehrheitlich Vertreter Bundesregierung)
- Einkommenssteuer soll weiter abgesenkt werden

# Rechtsformumwandlung (bspw. GmbH)

- Umwandlung eines Regie- oder Eigenbetriebes in eine Eigengesellschaft mit privater Rechtsform wird als Organisationsprivatisierung bezeichnet (formelle Privatisierung).
- die Möglichkeiten der demokratischen Einflussnahme, Kontrolle und Transparenz werden eingeschränkt.
- Häufig ist die Umwandlung in eine GmbH oder AG der erste Schritt zu einer (Teil-)Privatisierung
- Möglichkeiten der Rechtsformen prüfen: Eigenbetrieb, Genossenschaft etc.

# Rechtsformumwandlung (bspw. GmbH)

- öffentliche Aufgabe wird der öffentlichen Haushaltskontrolle entzogen
- Die parlamentarische Kontrolle wird zumindest stark erschwert. (Fast überall: Nichtöffentlichkeit von Sitzungen.)
- Die Rechnungsprüfung obliegt nicht dem vom Rechnungsprüfungsausschuss eingesetzten Rechnungsprüfungsamt, sondern privaten Wirtschaftsprüfern, die betriebswirtschaftliche (sprich: privatwirtschaftliche) Gesichtspunkte vor volkswirtschaftliche stellen.
- Die Informationsmöglichkeiten sind stark erschwert.
- Aufwandsentschädigungen werden oft ungerecht vergeben.
- Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften verdienen nicht nur an den Prüfungshonoraren, sondern auch an zu erstellenden Gutachten.
- Je nach Vorteil kann sich auf die private Rechtsform (z.B. auf Verschwiegenheitspflicht in der Aufsichtsratssitzung auch gegenüber anderen Fraktionsmitgliedern) berufen werden.
- Brisante, politisch nicht durchsetzbare Entscheidungen können ohne Wissen von Öffentlichkeit und Parlament durchgesetzt werden. (Bspw. KWL-Manager-Skandal in Leipzig -> 300 Mio. Euro Schaden mögl.)
- Die Parlamentsmehrheit kann wegen der Nichtöffentlichkeit ihre Klientel ohne öffentliche Kritikmöglichkeit bedienen.

# Dresden (2006)

## Beispiel: Kommunale Wohnungen

- Die sächs. Landeshauptstadt verkauft 2006 trotz massiven Widerstands aus der Bevölkerung das einzige kommunale Wohnungsbaunternehmen – die WOBA Dresden, an den Hedge-Fonds Fortress (Gagfah).
- Begründung: Nur durch eine Privatisierung könne die Stadt Handlungsspielräume zurückgewinnen.
- Ein Bürgerbegehren scheitert an den hohen Hürden für die Unterschriftensammlung.
- Nach einer fast vollständigen Entschuldung durch den Verkauf ist die Stadt bereits 5 Monate später wieder in den roten Zahlen. (strukt. Problem)
- Aktuell: Gegenseitige Klagen der Stadt und der Gagfah



## Dresden (2012)

### Beispiel: Rechtsform

- Die Mehrheit im Stadtrat (CDU+SPD+GRÜNE+FDP) befürwortet, die als Eigenbetriebe geführten städtischen Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt in eine gemeinsame GmbH umzuwandeln. (Formelle Privatisierung / private Rechtsform)
- Am **29. Januar 2012** stimmen die Dresdnerinnen und Dresdner bei einem Bürgerentscheid deutlich gegen die Umwandlung. Die Fragestellung lautete: „Sind Sie dafür, dass die Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt Eigenbetriebe der Stadt Dresden bleiben?“  
Zustimmung: 84,24 %  
(ca. 135.000) bei einer Wahlbeteiligung von ca. 37 %.



*Bündnis für*  
**KRANKENHÄUSER**



**JA!** zu unseren  
Krankenhäusern



## Leipzig - APRIL-Netzwerk AntiPRivatisierungsInitiativeLeipzig



- Gründung nach Dresdner WOBA-Verkauf - April 2006 (Auslöser: CDU/FDP/SPD in Leipzig: „Dresdner Verkauf muss Vorbild für Leipzig sein. Jetzt privatisieren!“)
- Initiative mit Beteiligung u.a. von attac, B90/Grüne, Linkspartei, Mieterverein, ver.di, engagierte BürgerInnen u. Stadträte. (überparteiliches Auftreten)
- Ziel: den Ausverkauf öffentlichen Vermögens u. öffentl. Unternehmen stoppen
- Ziel: „öffentliche Daseinsvorsorge“ nicht rein gewinnorientierten Konzernen überlassen
- gegen „Durchkommerzialisierung“ des gesamten gesellschaftlichen Lebens
- Ziel: demokratische Einflussnahme auf kommunale (öffentliche) Infrastruktur
- Um dadurch: ökologisch nachhaltige u. sozial gerechte Politik zu ermöglichen
- Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste vermeiden

# Leipzig

- APRIL – Stand 2007

- Stadtratsbeschluss im November 2006. (CDU,SPD,FDP pro Privatisierung) → ohne BB. / BE. ist Privatisierung kaum aufzuhalten (u.a. Verkauf Stadtwerke-Anteile)
  - >> praktisch ohne Alternative / wichtiges Exempel direkter Demokratie / Leipzig könnte die „neoliberale Hegemonie“ im Osten stoppen
- ist die Durchführung eines BB. realistisch u. erfolgversprechend ?
- sowohl BB.-Unterschriftensammlung als auch BE.-Kampagne erfordern breites Netzwerk (Ressourcen !)
- welche organisatorischen u. materiellen Voraussetzungen sind zu erfüllen ?
- **Stop Privatisierung = Anliegen breiter Kreise der Bevölkerung (?), und wichtiger politischer Organisationen**

# Leipzig

- Bürgerbegehren – Bürgerentscheid

- Unterschriftenübergabe 06.11.2007
  - >> ca. 42.000 Unterschriften
- OBM erkennt, daß das BB nur schwer zu ignorieren sein wird
- Unsere Erwartungen wurden übertroffen
- nach Kurzem deutet sich an, daß der OBM und der Stadtrat sich einem Bürgerentscheid nicht entgegenstellen werden – können !



# Leipzig

- Bürgerbegehren – Bürgerentscheid

- Bürgerbegehren wird anerkannt !
- Ab Dezember 2007: Vorbereitung
  - >> Termin 27.01.2008

Es ist keine Zeit zu verlieren:

Vorbereitung der Kampagne

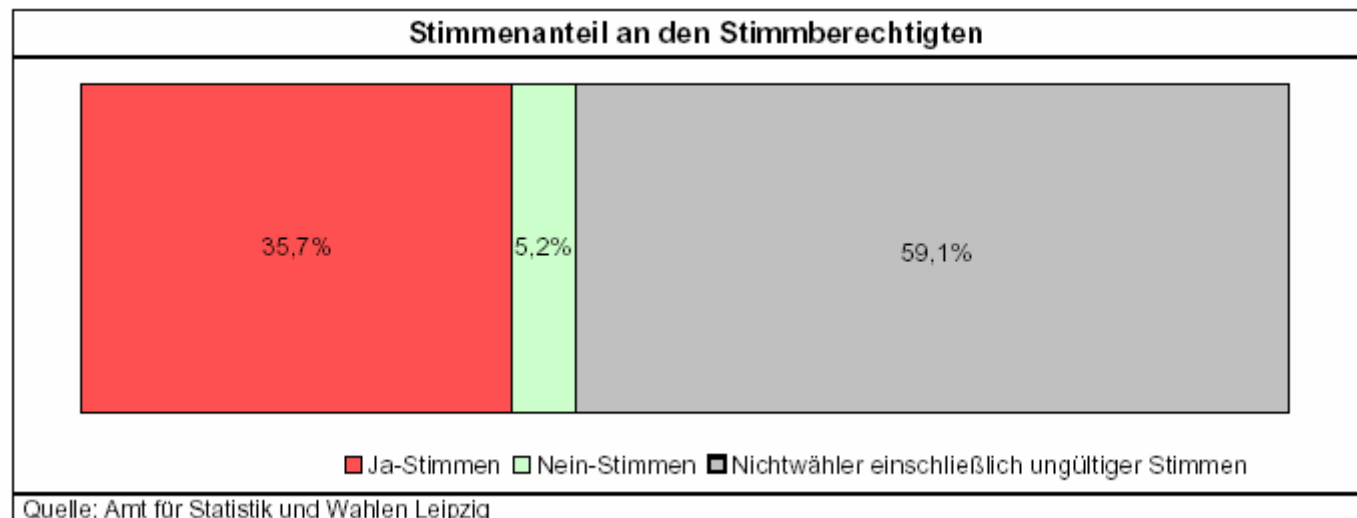
- Öffentlichkeitsarbeit, > 5.000 Plakate, Postwurfsendung, Zeitung i. großer Auflage, Teilnahme von MitstreiterInnen an zahlreichen Diskussionsveranstaltungen
- Stimmung ist gut, Gegner verunsichert
- Aber: 104.000 JA-Stimmen erforderlich !



# Leipzig

- Bürgerbegehren – Bürgerentscheid

- Ergebnis: Wahlbeteiligung 41%, Zustimmung 87%
- >> „Rote Karte für hemmungslose Privatisierer“ (OBM Jung)
- Für 3 Jahre sind Privatisierungen der Daseinsvorsorge ausgeschlossen



# Leipzig

- Bürgerbegehren – Bürgerentscheid

- Ergebnis ist Grund zum Feiern (trotz >50% Nichtwähler ☹ )
  - >> lokaler Privatisierungswahn vorläufig gestoppt
- Probleme der Kommunalfinanzen sind aber natürlich ungelöst
- Kommunalpolitik muß unter Beteiligung der BürgerInnen Alternativen + Phantasie entwickeln
- Gemeindefinanzreform muß in das allgemeine Interesse gerückt werden
- Gemeinwohl vor privaten Gewinninteressen:  
Breiter Konsens, der neoliberale Hegemonie brechen kann !



# Leipzig

- Initiative arbeitet in 2 Richtungen weiter:
  - Vernetzung bundesweit / europaweit
  - Mehr direkte Demokratie in der Kommune (Bürgerbeteiligung)
- Mai 2008 bundesweites Vernetzungstreffen von Antiprivatisierungsinitiativen in Leipzig. 16 Städte. Ergebnis: Gründung eines Netzwerks + gemeinsame Arbeitsplattform, [www.kommunal-ist-optimal.de](http://www.kommunal-ist-optimal.de) (Stand Jan.'12 ca. 40 Städte)
  - Ziel: Gemeindefinanzen stärken + (Re-)kommunalisierung
  - Druck von lokaler Ebene gemeinsam auf Bundes/EU Ebene tragen
- Über Europäisches Sozialforum (ESF) Vernetzung mit Initiativen aus anderen europ. Städten → European Network for public services
- Aktuell u.a.:
  - Anti-PPP Kampagne ([www.ppp-irrweg.de](http://www.ppp-irrweg.de))
  - bundesw. Volksentscheide stärker thematisieren
  - Leipziger Bürgerentscheid lief im Januar 2011 aus

## Leipzig, aber:

- Es bleibt bei Abwehrkämpfen.
- Bis heute keine öffentliche Debatte: **Wie wollen WIR mit UNSEREN kommunalen Unternehmen wirtschaften?**  
(Geringe bis keine Einflussmöglichkeiten bei der Gestaltung der Dienstleistung. -> auch Problem der Rechtsform als GmbH)
- Bindende Wirkung des Bürgerentscheids ist im Januar 2011 ausgelaufen. (Verlängerungsbeschluss)
- Konzessionsverträge (2011: Stadt wollte in intransparentem Verfahren Konzessionsverträge von 14 Stadtteilen an RWE Tochter vergeben. Massive Proteste. Jetzt Neuausschreibung.)
- Aktuell Debatte seit Februar 2011: 100%-Privatisierung von zwei großen Tochterfirmen der Stadtwerke (HL komm + perdata). Im Januar 2012 bereits Verkauf von perdata an Bertelsmanntochter arvato (36 zu 32 Stimmen). Im März geplanter Verkauf des (sehr erfolgreichen) lokalen Breitbandanbieters HL komm (--> Kein Umdenken / Richtungswechsel seit dem Bürgerentscheid erkennbar.)

# Was ist zu tun?

- Generell: 2 Ebenen – einerseits: in der Stadt.
- bspw.: parteiübergreifende Bündnisse für die Städte und Gemeinden (repräsentieren d. BürgerInnen – siehe Ergebnisse bei Bürgerentscheiden))
- Spielraum für Wirtschaftliche Betätigung der Städte erhöhen anstatt weiter einschränken (konkrete Vorteile / Schaffung von Handlungsspielräumen für Lokalpolitik: Querverbünde etc.)
- Sicherung der eigenen Steuerquellen

# Was ist zu tun?

- Und übergreifend / zwischen den Städten (Druck auf übergeordnete Ebenen)
- Eine Gemeindefinanzreform im Sinne der Städte und Gemeinden ist dringend erforderlich.
- Verbesserung der Einnahmen (Erhöhung der kommunalen Steuerquote)
- Anhebung des Gemeindeanteils an der Lohnsteuer und gerechte Teilung
- Änderung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer oder Wertschöpfungssteuer. Dazu wird auch die Bemessungsgrundlage verändert, (d.h. auch Selbstständige, Mieterträge, Lizenzen, u.a. einbezogen.). Sie wäre weniger konjunktur-abhängig und daher gleichmäßiger. Das erleichtert die Haushaltsplanung.

## Was ist zu tun?

- Gemeinden müssen stärker an der Mehrwertsteuer und Grunderwerbssteuer beteiligt werden.
- Der Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden muss abgeschafft werden.
- Die Gewerbesteuer-Umlage der Kommunen an den Bund sollte abgeschafft werden.

## Wie weiter? Mögliche Auswege?

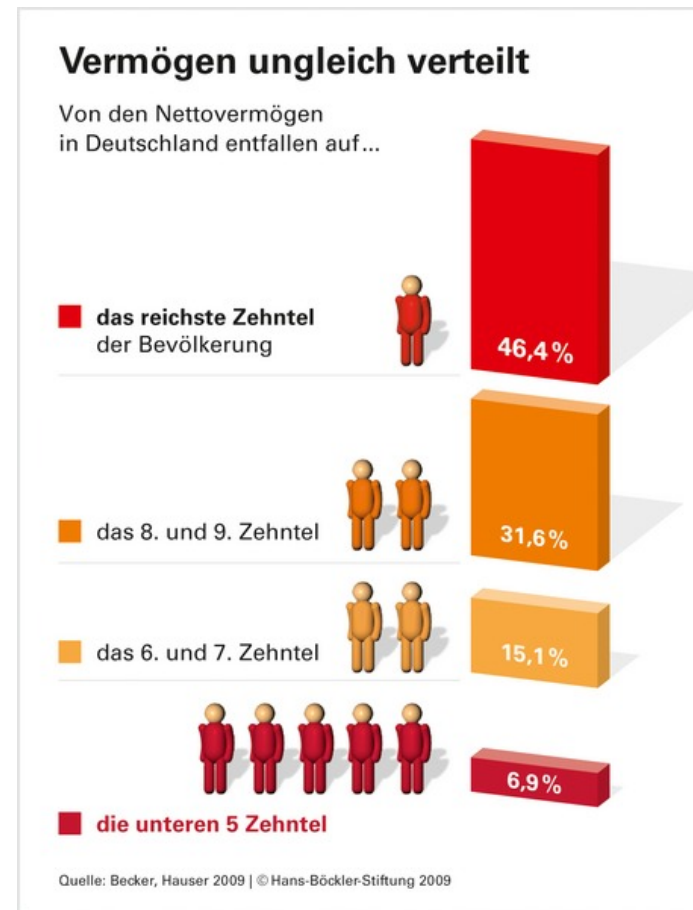
- Länder haben als Instrument zur Sicherung ihrer Rechte den Bundesrat und den Vermittlungsausschuss. Den Kommunen fehlt ein solches Element um bei Gesetzgebungsverfahren einbezogen zu werden.
- Aber: In diesem Zusammenhang ist das relativ neue Durchgriffsverbot evtl. von Bedeutung, nach Art 84 Abs.1 Satz 7 GG: "Durch Bundesgesetz dürfen Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden" und Art 125a GG.

## Wie weiter? Mögliche Auswege?

- Die Schuldenbremse muss wieder abgeschafft werden.
- Bsp. u.a.: In Rheinland–Pfalz arbeitet seit 1995 ein Kommunaler Rat für die Beziehung Land – Kommunen, doch er gilt leider als wirkungslos. In Bayern und NRW wird aktuell ein solches Gremium gefordert. In Hamburg und Niedersachsen sind solche Vorstöße bisher gescheitert.
- Eine strikte gesamtstaatliche Konnexitäts- Regel würde die Gemeinden stärken. (Wer bestellt zahlt.)
- Den Einfluss der Gemeinden auf den kommunalen Finanzausgleich stärken.

# Öffentliche Einnahmeseite stärken - Umverteilungspaket statt Kürzungspaket

- Attac Umverteilungspaket  
(Gegenkonzept zu den  
Kürzungen der  
Bundesregierung.)
- Im Netz unter  
[www.attac.de](http://www.attac.de)  
(26 Seiten, Langversion)  
(5 Seiten, Kurzversion)



# Literaturempfehlungen

- Jörg Huffschmid u.a.: Öffentliche Finanzen: gerecht gestalten!, VSA-Verlag, AttacBasisTexte 10.
- Klaus Jungfer: Die Stadt in der Krise, München/Wien 2005.